

Grenzregionen nach der EU-Erweiterung: Wo stehen wir heute?

Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Grenzregionen zu bewerten war Aufgabe einer Veranstaltung der Akademie in Regensburg. Sie fand statt in Zusammenarbeit mit dem Osteuropa Institut Regensburg und der EU-Kommissionsvertretung in München.

Zwar gingen die meisten Experten von positiven Wirkungen der EU-Erweiterung auf die deutsche Volkswirtschaft aus, doch in der Bevölkerung, aber auch in Teilen der Politik war sie mit Ängsten und Vorbehalten verbunden. Besonders von der Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie der Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs wurden negative Beschäftigungseffekte erwartet. Vor allem die Grenzregionen befürchteten aufgrund ihrer räumlichen Nähe zu Polen und Tschechien massiven Druck auf die heimischen Arbeitsmärkte. Nicht zuletzt deshalb hatte sich Deutschland für Übergangsregelungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit eingesetzt und diese dann auch eingeführt.

Arbeitslosigkeit reduziert

Die geladenen Experten bestätigten die Befürchtungen nicht. Nach fünf Jahren zeigt sich, dass Regionen im bayerisch-tschechischen Grenzraum durchaus zu den Gewinnern der Osterweiterung zählen. Sie profitieren von einer größeren Verflechtung ihrer Nachbarregionen und können grenzüberschreitende Wirtschaftspotenziale besser nutzen. Negative Effekte auf den Arbeitsmarkt waren nicht zu beobachten. Im Gegenteil: Einige Regionen waren sogar in der Lage, ihre Arbeitslosigkeit drastisch zu reduzieren. Größerer Migrationsdruck sei nicht zu beobachten und auch weiterhin – insbesondere aus Tschechien – nicht zu erwarten. Positive Wirkungen gingen auch von EU-finanzierter grenzüberschreitender Wirtschaftsförderung aus.

Diskrepanz zwischen Akzeptanz und Bedeutung

Auf einer abschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Europa der Regionen“ wurden die regionalen Ansätze der europäischen Integration in einem breiteren Kontext diskutiert. Diskussionsteilnehmer waren die bayerische Staatsministerin für Europa- und Bundesangelegenheiten Emilia Müller, der tschechische Generalkonsul Karel Boruvka und Miguel Avila Albez von der EU-Kommission. Ein Kernpunkt der Diskussion war die offensichtliche Diskrepanz zwischen öffentlicher Akzeptanz der Europäischen Union einerseits und der Bedeutung der Union für die europäische Politikgestaltung andererseits. Gerade im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament gelte es die zentrale Rolle der EU deutlich zu machen, um aktuelle und globale Probleme zu bewältigen. Herausragende Beispiele seien die Umwelt- und Energiepolitik sowie Maßnahmen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Wolfgang Quaisser